Verordnung über den Testbetrieb für die elektronische Stimmabgabe von Auslandschweizer Stimmberechtigten

Änderung vom 23. Februar 2016

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt,

unter Verweis auf seine Erläuterungen Nr. [P-Nr. eingeben],

beschliesst:

I.

Verordnung über den Testbetrieb für die elektronische Stimmabgabe von Auslandschweizer Stimmberechtigten¹⁾ vom 26. Mai 2009²⁾ (Stand 1. Januar 2014) wird wie folgt geändert:

Titel (geändert)

Verordnung über den Testbetrieb für die elektronische Stimmabgabe

§ 1 Abs. 2 (aufgehoben), Abs. 3 (neu)

² *Aufgehoben.*

³ Es besteht kein Anspruch auf Unterstellung einer Abstimmung oder einer Wahl unter die elektronische Stimmabgabe.

§ 2 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu)

Zur elektronischen Stimmabgabe zugelassene Stimmberechtigte (Überschrift geändert)

¹ Zur elektronischen Stimmabgabe zugelassen sind Auslandschweizer Stimmberechtigte mit politischem Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt, welche bis zum 55. Tag vor dem jeweiligen Urnengang im kantonalen basel-städtischen Stimmregister aufgenommen sind.

² Zugelassen sind zudem Stimmberechtigte mit einer Behinderung, die sich bei der zuständigen Wahlbehörde bis zum 55. Tag vor dem jeweiligen Urnengang anmelden und belegen, dass sie eine Rente der Invalidenversicherung (IV) beziehen oder ein ärztliches Attest vorweisen, welches bestätigt, dass sie die Stimme auf konventionellem Weg nicht ohne fremde Hilfe abgeben können.

³ Der Regierungsrat kann die elektronische Stimmabgabe auf weitere Stimmberechtigte ausdehnen.

§ 4 Abs. 1 (geändert)

¹ Der Kanton Genf beherbergt die Stimmberechtigten des Kantons Basel-Stadt auf seinem Vote électronique-System.

§ 6 Abs. 1 (geändert)

¹ Die gemäss § 2 zur elektronischen Stimmabgabe zugelassenen Stimmberechtigten erhalten von der organisierenden Behörde die Abstimmungs- oder Wahlunterlagen, den Stimmrechtsausweis sowie die Informationen zum elektronischen Abstimmungs- oder Wahlverfahren in einer einzigen Sendung.

§ 7 Abs. 1 (geändert)

¹ Die gemäss § 2 zur elektronischen Stimmabgabe zugelassenen Stimmberechtigten können bei jedem Urnengang frei wählen zwischen brieflicher, elektronischer oder persönlicher Stimmabgabe.

§ 8 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

¹ Bei der elektronischen Stimmabgabe üben die Stimmberechtigten ihr Stimmrecht auf einer Internetseite zur Stimmabgabe aus.

² Die Kontrolle der Stimmberechtigung im Vote électronique-System wird sichergestellt, indem sich die Stimmberechtigten mittels persönlicher Geheimcodes authentifizieren.

---

¹⁾ Von der Bundeskanzlei genehmigt am 9. 6. 2009.

²⁾ SG [132.150](#)

§ 10 Abs. 1 (geändert)

¹ Die organisierende Behörde betreibt ein Helpdesk. Während der basel-städtischen Bürozeiten werden telefonisch oder via E-Mail die Fragen der Stimmberechtigten zu den politischen Rechten, zur elektronischen Stimmabgabe, zu Verfahrensfragen oder zu technischen Problemen beantwortet.

§ 15 Abs. 1 (geändert)

¹ Die elektronisch abgegebenen Stimmen werden im Schlussprotokoll separat ausgewiesen, sofern dadurch das Stimmgeheimnis nicht verletzt wird und keine Rückschlüsse auf das Stimmverhalten einer bestimmten Gruppe von Stimmberechtigten möglich sind.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie bedarf der Genehmigung durch die Bundeskanzlei und wird per 1. März 2016 wirksam.

Im Namen des Regierungsrates:

Dr. Guy Morin, Präsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl, Staatsschreiberin